

Nein zur Rentenreform

Die Auswirkung dieser Reform wird die Bevölkerung ungleich treffen. Verlierer sind die Frauen, die heutigen Rentner die unter 45-Jährigen und jene mit kleinem Einkommen. Die Frauen zahlen ein Jahr länger AHV- und Pensionskassenbeiträge und erhalten dafür ein Jahr später Rente. Allein bei der AHV entgehen ihnen so durchschnittlich 24'000 Franken. Um diesen Verlust mit dem neuen AHV- Zuschlag von 840 Franken pro Jahr zu kompensieren, müssten sie fast 94 Jahre alt werden. Eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen, ist für mich erst dann angezeigt, wenn der in der Verfassung verankerte „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umgesetzt ist. Zudem bleiben die Renten für heutige Rentnerinnen und Rentner unverändert. Sie müssen jedoch 0,6 % mehr Mehrwertsteuer entrichten und fahren so unter dem Strich schlechter. Da der 70-Franken-Zuschuss an die AHV-Rente nicht an die Teuerung angepasst wird, können die Jungen, die Jahrzehntlang nun mehr AHV-Beiträge zahlen müssen, später davon nicht mehr profitieren. Denn real ist dieser Zuschuss wenn sie dann in Rente gehen nicht mehr viel wert. Zudem erhalten IV- Rentner den 70-Franken-Zuschuss nicht. (*Quelle Ktipp Nr. 13*) Natürlich müssen wir dafür Sorge tragen, dass die AHV auch künftig seine Aufgaben wahrnehmen und diese finanziert werden kann. Nur mit dieser „Reform“ werden Äpfel und Birnen gemischt und keine substanziellen Weichen in eine gesicherte Zukunft gestellt. Die Behauptung, dass die Alternative bei einem Scheitern dieser Reform, die Erhöhung des Rentenalters auf 67 und kompensationslose Einbussen in der 2.Säule sei, ist falsch. Wird die Reform nicht angenommen bleibt alles so wie es heute ist. Das Pensionsalter wie auch der Rentenumwandlungssatz der Pensionskassen sind im Gesetz festgeschrieben. Will das Parlament daran etwas ändern, hätten wir Stimmberechtigten das letzte Wort, sprich wir entscheiden selber und abschliessend. Stimmen wir darum Nein zu dieser Reform und geben wir dem Parlament damit den Auftrag, eine bessere und ausgewogenere Vorlage auszuarbeiten.

Roland Agustoni, Grossrat, Rheinfelden